

**BESCHLUSSPROTOKOLL**  
**der 9. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses**  
**am 13. März 2017 in Erfurt**

Teilnehmer: lt. Anwesenheitsliste  
Beginn: 10:00 Uhr  
Ende: 14:00 Uhr

**01 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.  
Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Es wurde frist- und formgerecht eingeladen.

**02 Bestätigung der Tagesordnung**

Folgende Gremien haben seit der letzten Sitzung des LJHA im Dezember 2016 nicht getagt: Stiftung EJBW, Beirat Inklusive Bildung, Stiftungsrat Hand in Hand

Der Beschluss-Reg 73/17 – Fachliche Empfehlungen Sozialpädagogische Familienhilfe - wird von der Tagesordnung genommen. Es gibt noch weiteren Diskussionsbedarf. Eine Beschlussfassung wird für die Juni-Sitzung geplant.

Herr Johannson stellt den Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung um einen Beschluss zum Stand der Änderung der ThürGUSVO. Dem Antrag wird stattgegeben. Der schriftlich als Tischvorlage ausgereichte Beschlussantrag wird unter TOP 11.4 eingeordnet.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**03 Genehmigung des Protokolls der 8. Sitzung vom 12. Dezember 2016**

**03.1 Genehmigung des Protokolls**

Es liegen keine Einsprüche vor, damit ist das Protokoll der letzten Sitzung bestätigt.

**03.2 Fortlaufende Beschlusskontrolle**

Die schriftlich vorgelegte Information wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

## 04 Information durch den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses

- Abberufungen: Frau Ministerin hat Frau Prof. Heike Ludwig als stimmberechtigtes Mitglied auf eigenen Wunsch hin abberufen.
- Neuberufungen: Frau Ministerin hat Herrn Prof. Jörg Fischer als stimmberechtigtes Mitglied neu berufen. Herr Prof. Werner Lindner wurde neu als stellvertretendes beratendes Mitglied berufen.

### Neubesetzung Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen:

- Abberufungen: Frau Ministerin hat Herrn Torsten Fritsche als stimmberechtigtes Mitglied sowie Frau Antje Pelzel als stellvertretendes Mitglied auf eigenen Wunsch hin abberufen.
- Neuberufungen: Frau Ministerin hat Frau Natalie Hoch als beratendes Mitglied sowie Herrn Steve Forster als stellvertretendes beratendes Mitglied berufen.
- Gespräch mit Ministerin Werner:

### Themen:

- Hinwirkung auf eine gesetzliche Novellierung des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung FamilienSinn
- Einordnung des LJHA in der Gesamtentwicklung des Familienbereiches und „Rückübertragung“ bestimmter Zuständigkeiten aus der Stiftung an den LJHA

### Ergebnisse:

- Situation hat sich durch die Zielabsicht der Landesregierung, ein Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben“ ab 2018 aufzulegen grundsätzlich verändert, da in dieses auch Förderbereiche der Stiftung überführt werden sollen. Insofern wird geprüft, inwieweit eine Stiftung notwendig ist und wenn ja, zu was. Vor diesen Hintergrund wird zurzeit eine wie von uns geforderte Novellierung nicht priorisiert.
- Einigkeit bestand darin, den Landesjugendhilfeausschuss wieder stärker entsprechend seines Zuständigkeitsbereiches in die Gesamtentwicklung und Förderung einzubeziehen. Ein Ausdruck dessen ist u. a. die BV zu TOP 11.3 heutiger Sitzung (Familienbildung). In Überlegung ist die Einführung eines Landesfamilienförderplanes auf überörtlicher Ebene (analog dem Landesjugendförderplan). Damit würde der Bereich Familie auch informatorisch im LJHA einen stärkeren Platz eingeräumt werden müssen.
- Einsatz von DAZ-Lehrern: Information über die inzwischen vorliegenden Schreiben der TSK, des TFM und des TMBJS
- mehr Familienrichter für UMA: Information über das Antwortschreiben des TMMJV
- besonderes Vorkommnis in einer erlaubnispflichtigen Einrichtung: wird unter 08.1.2 behandelt
- **Terminhinweis:** Die übernächste Sitzung des LJHA wird aus organisatorischen Gründen vom 18.09.2017 auf den **25.09.2017** verschoben; Sitzungsort: Rentenversicherung Mitteldeutschland.

## **05 Familienpolitische Schwerpunktsetzung der Landesregierung**

*TOP wird gemeinsam mit Top 09.1 aufgerufen*

Frau Ministerin Heike Werner berichtet:

u. a. über das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben (LSZ) mit den verschiedenen Handlungsfeldern; Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren; Runder Tisch Hebammen; Schnittstelle Frühe Hilfen; Vorsorgeuntersuchungen durch den ÖGD, betriebliche Pflegelotsen und Pflegekoffer, FRL zur assistierten Reproduktion, UVG-Novelle, Sozialplanung als Instrument für die Kommunen.

*Frau Ministerin Werner beantwortete die Nachfragen.*

## **06 Kurzberichte aus der Gremienarbeit**

### **06.1 Thüringer Landesschulbeirat**

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

### **06.2 Landesseniorenrat**

*Die Informationen werden in der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses nachgereicht.*

## **07. Berichte aus den Arbeitsgruppen**

### **07.1 Strategiegruppe**

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

Frau Tragboth spricht namens der AG Kindertagesbetreuung den ausdrücklichen Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Kita-Referat (Frau Zeidler) aus.

### **07.2 Arbeitsstand in den Arbeitsgruppen**

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

AG Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Das Thema FAQ soll in der Juni-Sitzung als Komplex unter dem TOP „Junge Flüchtlinge in Thüringen“ ausführlich diskutiert werden.

**08.1 Aktuelle Informationen**

08.1.1 Informationen der obersten Landesjugendbehörde zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Frau Reinhardt berichtet:

- *SGB VIII- Entwurf Novelle*: Es wird nach wie vor der Entwurf einer SGB VIII- Novelle erwartet; die auf der Seite des DIJuF hinterlegte Fassung vom 03.03.2017 ist nicht vom BMFSFJ autorisiert.  
Es wird zugesagt, sobald der Referentenentwurf vorliegt, ggf. zu einer Sonder-sitzung des LJHA seitens der Verwaltung einzuladen.
- *15. Kinder- und Jugendbericht*: Bericht liegt mittlerweile vor. Voraussichtlich im September soll es eine thematische Vorstellung/Einführung für die Kommunen, freien Träger, Verbände und den LJHA in Form einer Tagesveranstaltung mit Vertretern der Jugendberichtskommission geben. Themenschwerpunkt des Be-richts ist ausschließlich „Jugend“, nachdem in den letzten Jahren eher die frühe Kindheit, Kita und Kinderschutz die Themen waren.  
Es wird für TH einen Länderbericht geben: zur Konzeption gibt es erste Überle-gungen.  
Hinweis: Die Verwaltung bestellt für den LJHA ausreichend Druckexemplare.
- *16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf*: Teilnahme von Kolle-ginnen u. a. über AGJ, BAGLJÄ.

Herr Grimm (Referat 44) berichtet:

- *ThürKitaG – Novelle: Einleitung der rechtsförmlichen Prüfung ist erfolgt; zweiter Kabinettsdurchlauf ist noch für April 2017 geplant; es soll noch in 2017 vom Landtag beschlossen werden; Inkrafttreten geplant am 1. Januar 2018*  
Fragen u. a. zur Anrechnung von Stellenanteilen der Kita-Leitung auf den Per-sonalschlüssel, zur Gebührenfreiheit, Festlegung zur Regelungen beim Essen-geld und zur Berücksichtigung der Änderungsvorschläge des Instituts für Men-schenrechte wurden beantwortet.

08.1.2 Informationen der Verwaltung Landesjugendamt (obere Landesjugendbehörde)

- Bericht zur Umsetzung Landesjugendförderplan 2017-2021  
Frau Hager berichtet: Der Bericht liegt in Druckform aus.  
*Nachfragen wurden beantwortet.*
- FRL Örtliche Jugendförderung  
Frau Lorenz berichtet.  
*Nachfragen wurden beantwortet.*
- Betriebserlaubnisrelevantes Vorkommnis in einer erlaubnispflichtigen Heimein-richtung  
Frau Sturmfels berichtet.  
*Nachfragen wurden beantwortet.*  
Herr Scheumann regt an, dass künftig derartige Sachverhalte in einem nicht öf-fentlichen Teil behandelt werden sollten.

### 08.1.3 Information zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Schule und Jugendhilfe

#### Inklusives Schulgesetz:

Die schriftlichen Informationen werden zur Kenntnis genommen. Herr Gester stand für konkrete Rückfragen zur Verfügung. (*Anlage 1*)

Zur Diskussion standen insbesondere folgende Fragen: Entwicklung einer inklusiven Schule (Ausgangspunkt und Zielstellung); fehlende Regelungen zu den erforderlichen sachlichen und personellen Rahmenbedingungen (Welche Standards sollen gelten?); der Umgang mit Kindern, die im GU unter den derzeitigen Bedingungen nicht beschulbar sind, die Kostenentwicklung beim Einsatz von Integrationshelfern zu Lasten der Kommunen

*Nachfrage zu den konkreten Daten der einzelnen Kommunen:*

*Verweis auf die Kleine Anfrage 1759 des Abgeordneten Bühl (CDU) vom 19.12.2016 und die Antwort in Drs. 6/3376 vom 27.01.2017*

Herr Dr. Klass formuliert einen entsprechenden Beschlussvorschlag (siehe Beschluss-Reg.-Nr. 75/17)

*Nachfrage zur Besetzung der Kommission Zukunft Schule:*

Mitglieder der Kommission sind:

- Frau Ministerin Birgit Klaubert (Vertretung Frau Staatssekretärin Gabi Ohler)
- Herr Minister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
- Herr Frank Roßner, Präsident Thüringer Landesverwaltungsamt
- Frau Michaele Sojka, Landrätin Landkreis Altenburger Land
- Herr Lutz Lange, Abteilungsleiter TMBJS
- Herr Frank Schenker, Bürgermeister Jena
- Herr Dieter Eckert, Bürgermeister a. D. Offenburg
- Herr Helmut Holter, MdL Mecklenburg-Vorpommern, Minister a. D.

### **08.2 Umsetzungsstand Beschlüsse LJHA**

08.2.1 Beschluss-Reg.-Nr. 65/16 - Entsendung eines Stellvertreters in den Landesschulbeirat → wurde mit der heutigen Beschlussfassung erledigt

08.2.2 Beschluss-Reg.-Nr. 68/16 – Errichtung der AG Umsetzungsbegleitung LJFP 2017-2021 → wurde mit der heutigen Beschlussfassung erledigt

### **08.3 Anfragen an das LJA/TMBJS**

*Derzeit liegen keine Anfragen vor.*

## **09 Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit Frauen und Familie**

### **09.1 Aktuelle Informationen**

Wurde gemeinsam mit TOP 05 aufgerufen.

### **09.2 Umsetzungsstand Beschlüsse LJHA**

Derzeit keine offenen Beschlüsse.

### **09.3 Anfragen an das TMASGFF**

Derzeit liegen keine Anfragen vor.

## **10 Junge Flüchtlinge in Thüringen**

### **10.1 Aktuelle Berichterstattung zu UMA in Thüringen**

Berichterstatterin: Eva Sturmfels  
Nachfragen wurden beantwortet.

### **10.2 Verfahrensablauf zur Realisierung der Schulpflicht bei minderjährigen Flüchtlingen in Familien**

Berichterstatterin: Frau Schultz

Die Präsentation wird krankheitsbedingt nachgereicht.

*Grundsätzlich gilt bei Flüchtlingskindern mit Familien das gleiche Verfahren wie bei UMA; → Familie muss sich bei der Grundschule vorstellen; das TMBJS hat dazu eine Informationsbroschüre mit Erläuterungen in sechs Sprachen herausgegeben. Wichtig ist die Zusammenarbeit in den örtlichen Netzwerken (u. a. m. regionalen Beratungsstrukturen, Gemeinschaftsunterkünften, Schulämtern), um die Informationen zu streuen; bei den An- und Abmeldungen bei Umzügen treten noch Probleme auf.*

*Nachfragen wurden beantwortet.*

## **Beschlussfassung**

### **11.1 Stellungnahme zum Entwurf des ThürKitaG**

Beschluss-Reg.: 70/17

Einreicher: Vorsitzender des LJHA

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme des Vorsitzenden zum Entwurf des ThürKitaG zur Kenntnis.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

## 11.2 Entsendung Mitglieder LJHA in den Landesschulbeirat

Beschluss-Reg.: 71/17

Einreicher: Vorsitzender des LJHA

**Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Entsendung von Frau Kathleen Müller als Stellvertreterin für Frau Jeanette Schilling in den Landesschulbeirat.**

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
18	18	0	0

Einstimmig angenommen.

## 11.3 Errichtung einer AG Familienbildung – Erarbeitung von Fachlichen Empfehlungen für Maßnahmen der Familienbildung

Beschluss-Reg.: 72/17

Einreicher: Frau Wesselow-Benkert – TMASGFF

Beschlussentwurf:

**Der LJHA beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG) zur Erarbeitung Fachlicher Empfehlungen der Familienbildung in Thüringen. Das Empfehlungspapier soll die Vielfalt der Familienstrukturen, Lebenslagen von Familien sowie spezielle, insbesondere belastende Lebensphasen von Familien berücksichtigen. Im Weiteren soll es als Orientierung für die Ausgestaltung der Familienbildung auf örtlicher Ebene wichtige Ansätze mit Blick auf die Familie als Ganzes beinhalten sowie Träger und Einrichtungsstrukturen der Familienbildung benennen. Dabei soll es Gestaltungsspielräume für individuelle Konzepte und die örtliche Ausgestaltung aufzeigen. Die Empfehlungen dienen den örtlich zuständigen Jugendämtern bei der Gewährleistung des § 79a SGB VIII.**

**In der AG sollen mitwirken:**

- **Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände bzw. zwei Vertretungen aus Jugendämtern der Landkreise und eine Vertretung einer kreisfreien Stadt**
- **eine Vertretung der Familienverbände**
- **eine Vertretung aus der LAG der Thüringer Familienzentren**
- **eine Vertretung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege**
- **eine Vertretung des AK der Thüringer Familienferienstätten**
- **eine Vertretung der Stiftung FamilienSinn**
- **eine Vertretung aus dem TMBJS**
- **eine Vertretung aus dem TMASGFF.**

**Darüber hinaus können weitere Vertreter aus der Praxis (LAG Mehrgenerationshäuser, Netzwerkkoordination Frühe Hilfen, Tizian, ThEKiZ, Frauen- und Familienzentren sowie der Erwachsenenbildung) hinzugezogen werden.**

Antrag von Herrn Richter:

Bei den Mitwirkenden der AG soll folgende Ergänzung aufgenommen werden:

**In der AG sollen mitwirken:**

- .....
- **eine Vertretung der im LJHA vertretenen Landtagsfraktionen**
- .....

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
18	17	0	1

Einstimmig angenommen.

#### 11.4 Erarbeitungsstand der Änderung der ThürGUSVO

Beschluss-Reg.: 74/17

Einreicher: Björn Johansson

**Der Vorsitzende des LJHA wird beauftragt,**

- **sich gegenüber dem Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz für einen zeitnahen Einsatz der modifizierten ThürGUSVO einzusetzen. Dies ist insofern notwendig und dringlich, um mit den darin verankerten Standards den Schutz von minderjährigen Flüchtlingen und ihren Familien vor Übergriffen, Gewalt und Machtmissbrauch gewährleisten zu können;**
- **beim Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz darauf hinzuwirken, dass vor dem Erlass der modifizierten ThürGUSVO dem LJHA eine Mitteilung gegeben wird, inwieweit seine Vorschläge Berücksichtigung fanden und welche Aussagen zu Fläche/Person, Betreuungsschlüssel etc. in der modifizierten ThürGUSVO enthalten sind. In dem Zusammenhang sollte nochmal darauf hingewiesen werden, dass sich der LJHA bewusst bei der Erarbeitung von Änderungen zur ThürGUSVO mit seiner fachlichen Kompetenz eingebracht hat, um zeitnah Schutzkonzepte und Einrichtungskonzeptionen zur sozialen Betreuung als eine qualitative Auflage zur Gewährleistung des Kindeswohls entwickeln können.**

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
18	18	0	0

Einstimmig angenommen.



## 11.5 Inklusives Schulgesetz

Beschluss-Reg.: 75/17

Einreicher: Dr. Klass

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt, die Landesregierung aufzufordern, als Grundlage für ein Inklusives Schulgesetz in Thüringen ein Gutachten in Auftrag zu geben, dass folgende Fragen beantworten soll:

1. Was sind grundsätzliche personelle, sächliche und räumliche Voraussetzungen, die in den einzelnen Schularten (Grundschule, Regelschule, Thüringer Gemeinschaftsschule, Gymnasium, Berufsschule) eine bedarfsgerechte Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den verschiedenen Förderschwerpunkten sicherstellen?
2. Welche Kosten entstehen für die Finanzierung einer bedarfsgerechten personellen Ausstattung der Schulen, einschließlich für den erforderlichen Assistenzbedarf?
3. Welche Kosten entstehen für eine bedarfsgerechte sächliche und räumliche Ausstattung der Schulen?

Der Vorsitzende des LJHA wird beauftragt, hierzu den Chef der Staatskanzlei anzuschreiben.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
18	16	0	2

Einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung des LJHA findet am **12. Juni 2017** im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Medien statt.

gez. Peter Weise  
Vorsitzender

gez. Christine Kascholke  
Protokoll